

2026/I/AUSSEN/1

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Für ein gemeinsames Einwirken der europäischen Partner auf Israel zur Einhaltung des Völkerrechts in Gaza

Der Bundesvorstand der SPD und die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD bekennen sich ohne Ausnahme zum Völkerrecht und dessen Einhaltung und setzen sich deshalb dafür ein, dass die deutsche Bundesregierung in enger Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern ihre freundschaftlichen Beziehungen zu Israel nutzt, entschlossen auf einen Stopp des völkerrechtswidrigen Vorgehens in Gaza und der Westbank hinzuwirken.

Sie unterstützen die aktuell laufenden Verhandlungen über einen möglichen Friedensschluss in Gaza und alle Schritte, die das akute Leid in der Region reduzieren können. Mit Rücksicht auf diese Priorität behalten sie sich, wo nötig, vor, einen Stopp des EU-Assoziierungsabkommens und eine Aufhebung von Handelserleichterungen als Mittel zu nutzen, die Einhaltung des Völkerrechts zu erwirken. Sie koppeln Waffenlieferungen strikt an eine Verwendungsklausel, die einen Einsatz in Gaza ausschließt.

Die an Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter beteiligten Organe (BMWE, BAFA) sollen die Verwendung dabei im Rahmen ihrer Pflichten nach dem Arms Trade Treaty und dem deutschen Kriegswaffenkontrollgesetz kontrollieren. Hierzu gehört explizit die Ablehnung solcher Rüstungsexporte, deren völkerrechtswidriger Einsatz plausibel ist.

Sie setzen sich dafür ein, die erfolgte Massengeiselnahme vom 07.10.2023 sofort durch Freilassung aller Geiseln durch die Hamas zu beenden.

Überweisen an

Bundesparteitag